

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Allerlei Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M. durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich ohne Ersatz jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 4spaltige 20 Pfg., die 3spaltige 25 Pfg., die 2spaltige 30 Pfg., die 1spaltige 35 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für wichtige Werbungen unbedingt gesondert. — Bei Fernsendung abzugeben Anzeigen und kleinerer Garantien übernommen. / Beilagengebühr: 10,- M. das Zahlen, sonstig Postgebühr. — Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 110

Dienstag, den 19. September 1933

35. Jahrg.

## Mugholzversteigerung.

Dienstag, den 19. September, 8 1/2 Uhr, sollen im Stadtfest Niemiß

336 Hef. Brett und Bauhölzer

(Rahlfisch) öffentlich meistbietend versteigert werden.

Sammlerort: Waldhaus Niemiß

Kemberg, den 15. September 1933.

139) Der Magistrat.

Sonnabend, den 23. September 1933

## Kram- u. Schweinemarkt

Beginn: 7 Uhr.

Kemberg, den 15. September 1933.

140) Der Magistrat.

## Aufruf

zur Bereitstellung von Freiквартиern als Sitterspender.

Die nationale Erhebung hat außerordentliche Anforderungen an die Dienst- und Opferwilligkeit der Kämpfer in der EW, ES und im Stahlhelm gestellt. Viele haben ihre Gesundheit eingetauscht und bedürfen dringend einiger Wochen Erholung.

Ich bitte daher die national gefühlten Familien unserer Stadt, sich zur kostenlosen Aufnahme und Verpflegung je eines SA., SS., NSD., oder Stahlhelm-Mannes für einige Wochen oder Tage bereit zu erklären. Freizeiteine bitte ich bis Mittwoch, den 20. September, im Rathaus zu erklären zu wollen. Da es gilt, eine Dankeschuld an die verdienten Vorkämpfer der nationalen Erhebung zu erfüllen, ermahne ich zahlreiche Meldungen

Kemberg, den 18. September 1933.

141) Der Bürgermeister, Werber.

## Steuermahnung.

Die bis Ende September 1933 fällig gewordenen und noch rückständigen Staats- und Gemeindesteuern nebst Verzugszinsen sind bis **22. September** an unsere Kämmererei zu entrichten. Eine Befreiung von Mahngeldern findet nicht statt.

Bei Nichtzahlung bis zum angegebenen Tage muß der rückständige Steuerbetrag sofort im Wege der Zwangsvollstreckung eingeklagen werden.

Kemberg, den 18. September 1933.

142) Der Magistrat.

## Volksverbundenheit

Nicht nur der äußere festliche Rahmen hat die Bedeutung des Reichstages Staatsrates am Tage seiner Eröffnung gezeigt — die Rede des Ministerpräsidenten Göring hat mit ihrem programmatischen Charakter vielleicht noch stärker bewiesen, was von diesem neuen Instrument der Staatsführung erwartet wird. Der Ministerpräsident hat die Eröffnung des Staatsrates als einen Wendepunkt im Staatsleben bezeichnet. Wenn der Preussische Staatsrat, wie Ministerpräsident Göring erklärte, ein Symbol der Staatsauffassung ist, die nunmehr herrscht, so wird wohl der Berufung dieses ersten Kreises beratender Persönlichkeiten die Einrichtung ähnlicher Institutionen auch in anderen Ländern und schließlich im Reich zur Folge haben. Von vornherein ist der Staatsrat benutzt und gewollt von parlamentarischen Einrichtungen unterschieden worden. Die Mitglieder des Staatsrates sind nicht gewählt, sondern berufen. Ministerpräsident Göring hat die Aufgabe des Staatsrates dahin gekennzeichnet, daß er die Verbundenheit mit dem Volke darzustellen und fördern soll. Die Auswahl der Persönlichkeiten, die die Verbindung zum Volke herstellen, liegt aber nach dem Geleit über den Staatsrat bei dem Ministerpräsidenten selbst, und er hat auch dieses Verfahren begründet, wenn er betonte, daß der einzelne politische Führer selbst die Verantwortung trägt, nicht eine beratende Körperschaft. Der Ministerpräsident selbst bestimmt durch die Art der Berufung jene Kreise, zu denen eine dauernde und enge Verbindung erzielt werden soll. Die Auswahl der Staatsräte hat dabei dazu geführt, daß alle wichtigen Lebensgebiete erfaßt wurden. Der Ministerpräsident hat es als eine Selbstverständlichkeit bezeichnet, daß Persönlichkeiten der Wirtschaft, Landwirtschaft, Wissenschaft und des allgemeinen Staatslebens herangezogen werden. Den Kern des Preussischen Staatsrates bilden allerdings die Mitglieder der Regierung selbst, die Staatssekretäre der einzelnen Ministerien und die führenden Persönlichkeiten der nationalsozialistischen Bewegung in Preußen. So wird von vornherein im Staatsrat bei seinen Verhandlungen, die ja praktisch stattfinden, eine gewisse Einseitigkeit der Auffassungen herrschen. Debatten werden da-

mit auf rein sachliche Fragen beschränkt und nicht auf allgemeine Weltanschauungsunterschiede, wie sie in parlamentarischen Diskussionen erörtert wurden.

Leberhaupt wird der Begriff der Debatten für den jetzigen Staatsrat wohl kaum eine sehr große Rolle spielen. Zur Debatte gehört einmal die Öffentlichkeit, der Wunsch, nach außen zu wirken — Gesichtspunkte, die bei den vertraulichen Verhandlungen des Staatsrates fortfallen. Am einzelnen ist die Aufgabe, die in den geheimen Sitzungen des Staatsrates ausgeführt werden sollen, von dem Ministerpräsidenten Göring nicht erörtert worden. Ihre Aufzählung ist bereits einer vertraulichen Sitzung vorbehalten. Aber die grundsätzlichen Richtlinien, die der Ministerpräsident entwickelt hat, geben doch klare Hinweise darauf, was von dem Staatsrat erwartet wird. Der Staatsrat soll ein Bindeglied zwischen Regierung und Volk sein. Er soll verhindern, daß das Regierungsgeschehen autoritären Charakter annimmt und dem Volke fremd wird. So wird eine der Hauptfragen des Staatsrates also wohl darin liegen, ein Ueberwuchern der Bürokratie zu verhindern. Man weiß, daß bürokratische Maßnahmen sehr leicht verkümmert werden können, und daß in jeder Bürokratie ein Bestreben besteht, sich nach außen hin abzukapseln. Das soll durch die Einrichtung des Staatsrates vermieden werden. Er kann auf Beforgnisse aufmerksam machen, er kann auch ungewöhnliche Maßnahmen rechtzeitig feststellen und so eine Korrektur bewirken, wo die Bürokratie zu überwuchern droht. Hier wird wohl auch eine Hauptaufgabe für die aus den verschiedenen Bezirken des öffentlichen Lebens berufenen Persönlichkeiten liegen, die durch die Art ihrer Tagessache keine Verbindung mit amtlichen Stellen haben, und die deshalb dem Einfluß der Bürokratie nicht unterliegen. Ausdrücklich hat der Ministerpräsident betont, daß der Hauptzweckpunkt bei der Auswahl der preussischen Staatsräte die Verbundenheit der einzelnen Persönlichkeiten mit dem Volke gewesen ist. Stimmungen und Strömungen innerhalb der Bevölkerung werden also auf dem Wege über den Staatsrat an die Regierung herangebracht werden. Der Verfassungsgesetz, der damit für den preussischen Staat in Angriff genommen ist, sieht also ein beratendes Gremium vor, über dessen Ausrichtungen die Entscheidung aber ausschließlich bei dem Ministerpräsidenten und bei der Regierung liegt. Praktisch wird diese Zusammenarbeit wohl bei der kommenden Gesetzgebung in Preußen am stärksten in Erscheinung treten, da ja gesetzgeberische Pläne dem Staatsrat mitgeteilt und die Auffassung der einzelnen Staatsräte zu solchen Plänen entgegengenommen werden soll.

Wenn die künftige preussische Verfassung durch die Einrichtung und Einberufung des Staatsrates bereits eine bestimmte Form erhalten hat, so ist damit freilich nicht gesagt, daß sich Schlussfolgerungen auf die endgültige Gestaltung der Verfassungsverhältnisse ziehen lassen. Der Ministerpräsident selbst hat erklärt, daß nicht Konzentrierung sondern Aquilibration des Altens die Aufgabe der jetzigen Politik ist. Daraus ergibt sich der enge Zusammenhang mit den Erklärungen, die der Reichstanker in Nürnberg abgegeben hat, und die nicht die Länder sondern das deutsche Volk als Gesamtheit zur Grundlage des Reiches machen. Man nach den Erklärungen des Reichstankers die Bedeutung der Länder gegenüber dem Reich zurücktreten soll, so wird das selbstverständlich auch keine Auswirkungen auf Preußen haben. Die Zukunft der Länder zu bestimmen, ist Reichsache. Mit dem Geleit über die Stathalter hat das Reich bereits tief in die Verhältnisse und die Rechte der Länder eingegriffen; aber eine endgültige Regelung der Zukunft der Länder soll erst erfolgen. Sie wird die Verfassungsverhältnisse für jedes einzelne Land bestimmen. Ministerpräsident Göring hat ausdrücklich hervorgehoben, daß mit der Einrichtung des Staatsrates solche Entscheidungen des Reiches nicht vorweggenommen sind, sondern daß die ganze Institution der kommenden Regelung dienen soll. Wenn sie erfolgt ist, wird man sehen, wie sich das Verfassungsleben der Länder und damit Preußens abspielen soll.

## Neurath an das Ausland

Deutschland verlangt Sicherheit und Gleichberechtigung

Berlin, 16. September.

Reichsminister Freiherr von Neurath veranlaßte im Hotel Kaiserhof einen Empfang für die Berliner Vertreter der ausländischen Presse, zu dem auch der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Goebbels erschien.

Der Reichsminister des Auswärtigen machte in einer Ansprache Ausführungen über die außenpolitische Lage, denen seine Güte mit größter Aufmerksamkeit und Interesse folgte. Der Minister erklärte, was man hinsichtlich der großen internationalen Probleme nichts anderes als eine nahezu vollständige Stagnation feststellen könne, weil der Geist des Systems von Versailles auch heute noch weitgehend die Politik beherrscht.

Das Ausland, fuhr der Minister fort, muß endlich begreifen, daß das deutsche Volk das Recht hat, sich gegen dieses System von Versailles mit allen Kräften zur Wehr zu setzen. Der Reichstanzler hat in seiner großen Reichstagsrede vom 17. März dargelegt, in welchem Sinne, mit welchen Methoden und mit welchen Zielen wir diesen Kampf

führen wollen. Seine Darlegungen bleiben für die deutsche Außenpolitik maßgebend. Ich kann nur mit Bedauern feststellen, daß es an vielen Stellen des Auslandes bis heute an der richtigen Würdigung der Richtlinien unserer Außenpolitik fehlt, deren Kernpunkt es ist, daß Deutschland den Frieden und nicht den Krieg, einen aufbauenden Frieden im Innern und nach außen will.

Eine Entspannung kann nur, erklärte Freiherr von Neurath weiter, herbeigeführt werden durch Maßnahmen, die wir uns an die großen außenpolitischen Probleme herangehen und ihre Behandlung entscheidend fördern. Dieser Erkenntnis entspringt die weitestgehende staatsmännliche Initiative des italienischen Regierungspresis, die nach schwierigen Verhandlungen schließlich zur Unterzeichnung des Abkommens von St. Germain geführt hat. Deutschland hat den Pakt unterzeichnet, um keinesfalls kein Mißverständnis zu lassen, das zur Anbahnung einer fruchtbareren Periode der Entwicklung beitragen könnte. Dabei scheint mir das eine selbstverständlich zu sein.

Das Ziel des Paktes kann nicht die Niederhaltung des einen Partners durch den anderen, sondern nur die Verständigung zwischen gleichberechtigten Partnern sein. Ich bin überzeugt, daß bei gutem Willen eine Verständigung der vier Mächte über alle großen politischen Fragen, die heute Europa beunruhigen, durchaus möglich ist und daß eine Zusammenarbeit der vier Mächte auch für die anderen Länder nur von Vorteil sein kann.

## Gegen einseitige Wehrlosigkeit

Neuerlich steiflich muß in dieser Hinsicht allerdings der Stand der Abrüstungsfrage stimmen. Nach gemachten Anzeichen zu schließen, scheint die Bereitschaft der hochgerüsteten Staaten zur Erfüllung ihrer Abrüstungsverpflichtung heute geringer denn je zu sein.

Es ist für uns nichts Neues, daß man versucht, diese Haltung mit der Behauptung deutschen Aufrüstungswillens zu rechtfertigen. Meine Herren, ich wage mit dem vollen Bewußtsein der Tragweite meiner Worte, daß das nichts anderes ist als eine bewusste Verflechtung der Lasten, daß Deutschlands Ziel lediglich die Befreiung des heutigen Zustandes einseitiger Wehrlosigkeit ist.

Die hochgerüsteten Staaten rufen weiter, und stat von ihrer Abrüstung sprechen sie von ihrer Sicherheit. Wer ist denn bedroht? Nicht die anderen Länder sondern Deutschland. Nur im Ausland spricht man von Kriege. In Deutschland denkt niemand an kriegerische Verwidelungen. Deutschland verlangt Sicherheit und Gleichberechtigung; es will nichts anderes, als seine Unabhängigkeit bewahren und seine Grenzen schütten zu können. Das ganze deutsche Volk weiß, nicht zuletzt aus den Erfahrungen der Nachkriegszeit, daß der Krieg auch dem Sieger keinen wahren Nutzen, keinen bleibenden Vorteil bringt. Ist es fair, demgegenüber mit der Behauptung zu operieren, daß die neue deutsche Regierung zwar zunächst wohl alle äußeren Verwidelungen zu vermeiden wünschte, daß es ihr aber nur darauf ankomme, Deutschland in einer ersten Außerperiode stark genug zu machen, um dann zu offener Gewaltpolitik übergehen zu können, das heißt die Gebietsverflechtung, die in den wirtschaftlichen und die geringe Höhe finden, und mit denen man überhaupt keine ethische und reale Politik machen kann. Wenn man aber glaubt, mit solchen neuen Argumenten die Herrschaft der Sieger über den Besiegten vorzuziehen zu können, so muß ich dazu allerdings mit aller Bestimmtheit erklären, daß Deutschland sich weigert, einen solchen Zustand weiter zu ertragen.

## Es gibt nur eine Alternative

Es ist keine gute Politik, keine Politik die zu dauernden Erfolgen führen kann, wenn fremde Länder, gestützt auf ihre starken Armeen, Flotten und Luftgeschwader, zu dem entmilitarisierten und dem Verteidigungsmittel beraubten Deutschland in lehrhaftem Tone sprechen. Dazu fehlt ihnen die Begeisterung, und damit werden sie in Deutschland kein Gehör finden. Man sollte deshalb endlich die Vornahme und Vorwürfe, mit denen man das Abrüstungsproblem herumredet, und gehe an das Problem selbst heran.

Es gibt schließlich nur die Alternative: Verwirklichung der Gleichberechtigung oder aber Zusammenbruch der ganzen Abrüstungsbege, für dessen unabsehbare Folgen nicht Deutschland die Verantwortung tragen würde.

Ich könnte es nur bedauern, wenn man die unrichtige politische Methode des Messens mit zweierlei Maß etwa auch in einer Frage anwenden wollte, die man hier und da annehmen zu einer Frage der internationalen Politik hat annehmen wollen. Man sollte deshalb endlich die Vornahme und Vorwürfe, mit denen man das Abrüstungsproblem herumredet, und gehe an das Problem selbst heran.

## Verhältnis des Reiches zu Oesterreich

nicht ohne Auswirkungen geblieben ist. Man will in dieser Sache in jeder eine unzulässige Einmischung des Reiches in die innerpolitischen Verhältnisse eines anderen Staates sehen. Der Vertreter dieser Auffassung können es mir nicht verzeihen, wenn ich darauf hinweise, daß von manchen Stellen aus die wirtschaftlichen und finanziellen Nöte Oesterreichs doch 14 Jahre lang geradezu ausgenutzt worden sind um ihm politische Fesseln anzulegen.

Man sollte beachten, daß wir im deutschen Volk Oester-

teils einen Teil unseres eigenen Volkes sehen. Niemand kann deshalb von uns erwarten, daß wir der Einwirkung der Dinge in Oesterreich gleichgültig zusehen oder daß wir sympathischer mit einem österreichischen Regime unter dem Gebote das entwerfen wird, was das deutsche Volk heute mit neuem Mut und neuer Zuversicht erfüllt. Die Reichsregierung denkt nicht daran, sich in die innerpolitischen Verhältnisse Oesterreichs einzumischen. Wir müssen aber fordern, daß unberechtigte Einmischungen anderer Länder in die Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Oesterreich unterbleiben. Je eher man im Ausland einkehren wird, daß Volksbewegungen nicht durch politische Grenzen eingebremst und nicht durch politische Maßnahmen unterdrückt werden können, desto eher wird die Bahn frei werden für eine den natürlichen Gesetzen entsprechende und ganz Europa zugute kommende Stabilisierung der inneren Lage Oesterreichs.

So wenig erfreulich und so wenig gefordert heute die Gesamtlage der europäischen Politik erscheinen mag, Deutschland sieht der kommenden Entwicklung mit fester und ruhiger Zuversicht entgegen. Gestützt auf die wiedererweckte innere Kraft und Geschlossenheit des Volkes, werden wir unter Ziel verfolgen, diesem Volk inmitten der anderen Völker ein Leben in Frieden und Ehre zu sichern. Ruhe und Vertrauen, die Grundlagen jeder politischen Befriedung und jeden wirtschaftlichen Aufschwunges, werden erst wiederkehren, wenn die Diskriminierung Deutschlands und der anderen im Jahre 1919 erdienten Staaten befristet ist. In dieser Wahrheit werden auch alle Fortschritte gegen das neue Deutschland fundiert werden.

### Zu aufrichtiger Zusammenarbeit bereit

So zweifle ich nicht, daß z. B. das unsinnige Gerücht des Ausstiehs über rote innerdeutsche Dinge, wie die sogenannte 3 bis 6 in Frage, schnell verfliegen wird, wenn man erkennt, daß die unbedingt notwendige Säuberung des öffentlichen Lebens wohl vorübergehend in Einzelfällen persönliche Härten mit sich bringen konnte, daß sie aber doch nur dazu diente, um in Deutschland die Herrschaft von Recht und Gesetz umso unerschütterlicher zu festigen. Das Ausland wird auch aufhören, den Vagenberichten deutscher Emigranten das Ohr zu leihen, ihre Dramatisierung zu begünstigen und der Meinung von Seiten Beobachter zu lauschen, die einem Deutschland nachtrauern, in dem sie sich auf Kosten des Volkswohls zu Einfluß bringen konnten, einem Deutschland, das niemals wieder aufstehen wird.

Statt dessen wird man das Deutschland von heute kennen lernen, wie es wirklich ist, ein solches, unabhängiges und friedliebendes Deutschland, ein Deutschland, das zwar die anderen Länder nicht nach leeren Sympathieerhebungen sondern nach ihren Handlungen beurteilen wird, das aber stets zu aufrichtiger Zusammenarbeit bereit ist.

Die fremden Völker müssen und werden erkennen, welchen Gewinn es auch für sie bedeutet, in der vom Volksganzahl Adolf Hitler geführten Regierung einer Regierungsgewalt gegenüberzutreten, die nicht mehr ein Spielball zerfahrener politischer Meinungen, widerstrebender wirtschaftlicher Kräfte und zufälliger Strömungen des politischen Lebens ist, sondern nach festen Grundrissen und offen erklärten Absichten die Geschicke ihres Landes leitet. So wird im Ausland schließlich allgemein die Auffassung herrschen, Zustimmung finden, daß in seiner Rede über den Viermächterpakt mit den Worten Ausdruck gegeben hat: „Deutschland ist da im Herzen Europas mit seiner gewaltigen Bevölkerung von fünfzig Millionen Menschen, mit seiner Geschichte, seiner Kultur, seinen Notwendigkeiten. Eine wahrhaft europäische Politik mit dem Ziel der Errichtung des Friedens kann man nicht ohne und noch weniger gegen Deutschland machen.“

## Vor die Entscheidung gestellt

### Neuraths Vorwort zu Genf

In dieser Woche beginnen jene Pariser Vorverhandlungen, die in der französischen Öffentlichkeit recht laut angekündigt wurden. Henderson, der Präsident der Abrüstungskonferenz, hat sehr betont den Weg nach Genf über Paris gewählt. Norman Davis, der Sonderdelegierte der Vereinigten Staaten, führt ebenfalls von London über Paris nach Genf, und England entsendet für diese Pariser Vorverhandlungen ebenfalls einen besonderen Vertreter.

Es war daher notwendig, von vornherein über Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der kommenden Genfer Diskussionen vom deutschen Standpunkt aus Klarheit zu schaffen. Der deutsche Außenminister, Freiherr von Neurath, hat

sich dieser Aufgabe mit seiner Rede vor den Vertretern der ausländischen Presse im Berliner „Kaiserhof“ sehr sorgfältig unterzogen.

Nicht ohne Bedeutung bleibt dabei die Form, die für die Aufgabe gewählt wurde. Indem die deutsche Reichsregierung vor den Vertretern der ausländischen Presse sprach, wandte er sich vor der Weltöffentlichkeit an die in Frage kommenden Mächte lauzalen direkt.

Er hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Zeit des Ausweidens heute vorbei ist, daß die kommenden Genfer Beratungen die Entscheidung über das Abrüstungsproblem, so oder so, bringen müssen.

Die alte Forderung nach Deutschlands Gleichberechtigung wird verknüpft mit einer Erneuerung des Bekenntnisses zur Friedensbereitschaft und zur Friedensliebe. Alle demagogischen Behauptungen gegen Deutschland werden damit in die Wände geschlagen, daß der verantwortliche Leiter der deutschen Außenpolitik in allen Fragen, die in Europa gegenwärtig offen sind, eine friedliche Mitwirkung an ihrer Lösung anbietet und nur eins für Deutschland fordert, das gleiche Recht.

In Paris wird man also über die Grundgedanken, die für die deutsche Delegation in Genf maßgebend sein werden, nur nicht mehr im Unklaren sein können.

Man wird auch wissen, was man Deutschland nicht zumuten darf. Das gilt in der Frage der Abrüstung, das gilt aber in der Frage der deutschen Außenpolitik überhaupt. Deutschland denkt nicht daran, sich in die innerpolitischen Verhältnisse — um auch diese Frage herauszugreifen — Oesterreichs einzumischen. Das ist eine eindeutige Kurserklärung.

Aber Deutschland, so hat Neurath mit Recht vor der Weltpresse betont, muß auch fordern, daß unberechtigte Einmischungen anderer Länder in die Auseinandersetzungen zwischen Oesterreich und Deutschland unterbleiben.

Wenn in Genf die Frage der Verträge berührt werden sollte, und zwar in einem Sinne, der die Notwendigkeit, Verträge nach den Grundlagen der Vernunft abzuwandeln, feststellt, dann wird von deutscher Seite aus zur Frage der Vertragsrückstellung nur eins gesagt werden können:

Deutschland hat die Verträge wirtschaftlich bis zum Weibchen, militärisch bis an die Grenze der Selbstmangung erfüllt. Die anderen haben die gegebenen Verpflichtungen, die deutsche Abrüstung sei nur eine Einleitung, vierzehn Jahre lang in die Wände geschlagen. Deutschland hat seit seiner Zulassung zum Völkerbund sich immer wieder darum bemüht, eine Politik der Zusammenarbeit, wie sie das Genfer Ideal aufstellt, zur Förderung und Erhaltung des Friedens erst einmal herzustellen. Deutschland muß feststellen, daß gerade jetzt Methoden wieder versucht werden, die schon einmal durch die künstliche Schaffung einer Atmosphäre, die gegen Deutschland gerichtet war, über Europa Unklarheit gebracht haben.

Im richtigen Augenblick, noch vor Beginn der Pariser Verhandlungen, läßt Stalin erklären, daß es dem Plan einer Rüstungskontrolle nicht zuzustimmen, das heißt also, daß jene Front, die aus der Atmosphäre des Mißtrauens geschöpft wird, bisher wenigstens ein Durchsichtsfenster für Pariser Kreise darstellt. Wäre die Erklärung, die Aussagen und Warnungen des deutschen Außenministers diesen Tendenzen bestimmter Pariser Kreise ihre Grenze gezogen haben.

## Die Aufnahme im Ausland

Paris: Sensationelle Wirkung. Das außenpolitische Programm, das Reichsaussenminister Freiherr von Neurath vor den Vertretern der ausländischen Presse entwickelte, wird von

„Londra“ als Auftakt zur außenpolitischen Herbstkampagne des Dritten Reiches bezeichnet. Die Erklärungen des Reichsaussenministers seien jedenfalls sensationell und würden nicht verhehlen, einen beträchtlichen Wibelhall im Auslande zu finden, weil sie nicht nur die Frage der Abrüstung, sondern vor allem das herrscheitliche Problem in einem ganz neuen Licht darstellten.

Die vorkapitalistische „Action Française“ befürchtet, daß die geistlichen Ausführungen des Reichsaussenministers einen großen Einfluß auf die englischen, amerikanischen und anderen Delegierten ausüben würden, und daß Paul-Boncour in seiner eigenen Falle gefangen werden könnte.

London: Offene Worte eines deutschen Staatsmannes. Die Ansprache des Reichsaussenministers wird in den von den Londoner Redaktionen veröffentlichten Berichten der Berliner Korrespondenten inhaltlich zum Teil ziemlich ausführlich wiedergegeben, aber bisher noch nicht rechtlich als offizielle Rede der Berliner Vertreter glaubt, die Rede als „bitter“ bezeichnen zu sollen.

bau hand wie ein grimmiger Wächter da und blühte mürrisch auf die zaghafte Frau.

Betty näherte sich den Arbeitern, die sich nicht lösen ließen. „Nun“, sagte sie antäufelnd, „so einjam bei der Arbeit —?“

„Bitte, erlernen Sie sich“, sagte der eine Arbeiter leise, „der Gedulde könnte vielleicht doch noch kommen!“ Aber man harrete vergeblich. Kaiser blieb aus.

Betty begab sich sofort zu Kriminalkommissar Otto, wie ausgemacht war. Er war nicht da, sollte aber gleich wiederkommen. Sie wartete.

In dem großen, hübsch ausgestatteten Arbeitszimmer waren sämtliche Apparate einer modernen Nachforschungsstation zu finden. Man hatte im Volksgebäude auch eine kleine Radiostation eingerichtet und konnte von Ottos Zimmer aus jederzeit radiotelefonische Anweisungen geben. Ein junger Sekretär tippte auf der Maschine. Er wurde aber häufig durch telefonische Anrufe unterbrochen. Alles, was gelang wurde, schrieb er gewissenhaft auf.

Um Betty, die es sich in einem Klubsessel bequem gemacht hatte, lächeln er sich gar nicht zu kümmern. Er redete ihr nur insoweit die Zeitung hin.

Sie wurde patenlind über das Verbrechen berichtet. Jedoch schienen alle Mitteilungen energisch zensiert zu sein. Betty wußte mehr als gelächelt wurde. Gegen einen gewissen Kaiser wurde ein Sterbefriedt erlassen. Man fand auch in allen Straßen an den Vorfällen eine genaue Personalbeschreibung, soweit man diese nach Bettas Aussage und denen des verhafteten Bankbeamten namens Dödinge Individuen verhaftet, aber gleich wieder entlassen worden.

Das Protokoll über die Vernehmung des Bankbeamten lag in den Akten auf Ottos Tisch. Der junge Mann hatte genau erzählt, wie sich ihm ein großer, starker Herr, der sich Kaiser nannte, eines Tages genähert habe, um ihn zu befehlen. Die Annäherung fand in einer Diele statt,

## Wittenberg als Wallfahrtsort

### Deutscher Lutherstag — kirchlicher Feiertag.

Im Rahmen einer geschlossenen Kulturtagung der Glaubensbewegung Deutsche Christen gab das Mitglied des Reichsarbeitsausschusses für den Deutschen Lutherstag 1933, Alfred Bierchmale, bedeutungsvolle Einzelheiten zu dem am 10. November zu begehenden Deutschen Lutherstag 1933 bekannt.

Er teilte mit, daß die Idee des Deutschen Luthertages die ganze Welt ergriffen habe. Auch aus Afrika, Asien und Australien seien Beteiligungen des Interesses eingegangen. Die Reichsliste habe die Landesstellen angeordnet, den 10. November als kirchlichen Feiertag zu begeben.

Die Reichsregierung habe sich darüber die Entscheidung vorbehalten, ob der 10. November auch als gleichnamiger Feiertag begeben werden soll. Vom Reichspostministerium würden eine Luther-Briefmarke und eine Luther-Postkarte herausgegeben.

Mit dem Reichspräsidenten habe nun auch Landesbischof Müller, der hofentlich auch Reichsbischof sein werde, die Schirmherrschaft des Deutschen Luthertages übernommen.

Für den Luther-Tag würde ein einheitliches Festabgebeiden mit der Luther-Rose als Motiv herausgegeben werden. Am 10. November werden in Berlin eine Reihe großer Veranstaltungen durchgeführt. Die Berliner Kirchengemeinden sollen unter Vorantritt des Reichsbischofs zum Lutherfest marschieren, wo um 1 Uhr ein öffentlicher Festakt stattfindet, bei dem voraussichtlich neben dem Reichsbischof auch Bischof Hofenfelder und Kultusminister Müller sprechen werden. Nachmittags 5 Uhr ist in der Berliner Wilhelmstraße ein Festakt unter Beteiligung der Kirchen- und Staatsbehörden angelegt, bei dem Reichsinnenminister Dr. Frick voraussichtlich sprechen wird.

Der Reichsarbeitsausschuß werde von 1934 an alljährlich einen Deutschen Protestantentag vorbereiten, der jeweils am 31. Oktober in Wittenberg stattfinden wird. Wittenberg solle auf diese Weise Wallfahrtsort des Protestantismus der ganzen Welt werden.

## Staatsrat in Potsdam

### Die alte Residenz im Festhymn.

Potsdam, 17. September. Die alte preussische Residenzstadt Potsdam stand wiederum im Mittelpunkt politischen Geschehens. Der vom Ministerpräsidenten Göring in Berlin mit besonderer Feierlichkeit eröffnete Preussische Staatsrat hielt am Sonnabend seine erste Arbeitssitzung in der Marmorhalle des Neuen Palais im Park von Sanssouci auf.

Potsdam hatte reichen Festhymn angelegt. Fast jedes Jahrs war besetzt, und das bunte, große Farbenbild unterschied sich nur wenig von dem zur feierlichen Reichstagsöffnung im März. An der Gliedernde Brücke hatten sich schon in den Morgenstunden viele Feiertagler angelammelt, die den am Neuen Palais eingetroffenen hochgestellten Ministerpräsidenten, indem er zum Ausdruck brachte, daß die Stadt Potsdam sich freue darüber, daß der Staatsrat seine Arbeitssitzung in Potsdam abhalte.

Darauf begab sich Ministerpräsident Göring in die Garnisonkirche und legte einen Cordekrantz nieder, auf dessen Schleiße folgende Worte standen: „In Ehrenhaftem großen König, Feldherrn und Staatsmann in Preubens und unauflöslicher Treue, der preussische Ministerpräsident.“

Der Ministerpräsident fuhr dann durch die feierlich geschmückten Straßen in den Park von Sanssouci. Hier schritt er die Fronten der Schutzpolizei und der anderen Formations ab. Die Staatsratsmitglieder waren inzwischen in ihrem Wagen am Neuen Palais eingetroffen und hatten sich im Palaisaal zum Empfang verammelt. Der große Saal, in dem die erste Arbeitssitzung des neuen Staatsrates stattfand, war überaus feierlich hergerichtet. Als einziger Schmuck war an der Schmalwand eine große Tafeltrou-

wo der Verhaftete bisweilen mit seiner Braut zu verkehren pflegte. Er habe sich zuerst lehrt abnehmend gehalten, die verprochenen Vorteile seien aber endlich doch ausschlaggebend gewesen. Er sollte eine ganz erhebliche Summe nur dafür erhalten, daß er an einer bestimmten Stelle die Ehrenschleife wie verheiratet liegen ließ. Weiter hatte er nichts zu tun. Von dem beabsichtigten Raub bekehrte er keine Meinung gehabt zu haben. Er sei selbst überbrumpelt worden und mit den anderen auf die Straße hinausgestürt.

Erst später war ihm zum Bewußtsein gekommen, was eigentlich vor sich ging. Ein Unbekannter habe ihm, als die Hand gerückt, in dem sich die volle verprochene Summe befinden habe. Mit dieser sei er, ohne zurückzuführen, auf der Straße flüchtig geworden.

Seine Beschreibung Kaisers hatte mit der von Betty gegebenen im wesentlichen genaue übereingestimmt. Diese Vernehmung war in der Zeitung noch nicht erwähnt. Dagegen wurde bereits das rätselhafte Verschwinden von Dick und Thomas berichtet, was das größte Aufsehen erregte. Man hatte sofort einen Fallbeleg gegeben.

Otto, der in dieser Angelegenheit noch einige persönliche Anweisungen geben mußte, schreie eilig in sein Arbeitszimmer zurück, wo ihm Betty erwartete. Der Sekretär wurde hinausgewiesen.

„Nun“, fragte Otto gepannt, während er seinen Hut auf den Tisch warf, „nicht dagewesen?“

„Nein“, sagte Betty, „und sonst war er immer hier.“

Der Kriminalkommissar steckte sich gelassen die Pfeife an. „Er wird flüchtig geworden sein“, sagte er, „ich hatte das halb und halb schon erwartet. Immerhin wäre es möglich gewesen, daß er Sie unter irgendeiner anderen Waise aufgefunden hätte. Haben Sie nichts bemerkt?“

„Nur zwei Holzarbeiter“, bemerkte Betty, „ich nahm aber gleich an, daß es von Ihnen beauftragte Beamte waren.“ (Fortsetzung folgt.)



ROMAN VON HANNS HEIDSIECK

(21. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Um 5 Uhr ließ Betty ein Auto kommen, um sich nach dem Ausschusturm fahren zu lassen. Sie benutzte absichtlich nicht ihren eigenen Wagen. Ein anderes Auto folgte in gewisser Entfernung, als ob es ein Zufall sei.

Der Wagen schoß in frischem Tempo den künftigen Park hinunter. Das Waldbüschchen glitt vorbei. Es gab eine Steigung. Wab, plötzlich grüßte der Ausschusturm.

Sie hatte sich hier mit Kaiser schon einmal getroffen. Es war vor wenigen Tagen gewesen. Er kam hoch und stolz auf sie zugegriffen. Damals war sie erwartungsvoll — heute schätzte sie seine Nähe.

Sie befaß dem Chauffeur, ganz in der Nähe zu halten — so, daß man ihn sehen konnte.

Sie hörte thnende Schläge. Zwei Holzarbeiter waren auf dem Heinen, freien Platz bei dem Baum beschäftigt.

Sie atmete erleichtert auf. Es trat ihr ein Bedürfnis, mehrere Menschen um sich zu wissen. Ob die Arbeiter Bettners Beobachter waren?

Sie überlegte. In welsch ein Abenteuer hatte sie ihre feischinnige Sensationslust hineingeführt? Weiter war es doch eigentlich gar nichts als Sensationsbedürfnis und Leichtgläubigkeit! Sie spielte gern mit dem Feuer. Nun die Flammen über dem Spiele zusammenzuschlagen, kam plötzlich fürcht über sie.

Eigentlich mußte Kaiser schon da sein! Er war sonst immer pünktlich gewesen. Auf die Minute. Möglich, daß er eine Kanne erlitten hatte.

So suchte sie sich keine Verpöpfung zu denken. Er schien wirklich auszubleiben. Ihre Uhr zeigte schon zwanzig nach sechs.

Unruhig — trotzdem schon wieder ruhiger werdend — schritt sie vor dem Turm auf und ab. Der graue Holz-

fabne angebracht, rechts und links flankiert von weißen Säulen mit dem neuen preussischen Adlerkronen. Davor standen Tisch und Stuhl des Ministerpräsidenten die aus dem alten Mobiliar des Schlosses stammten und schon von Friedrich dem Großen benutzt worden sind. Zur Rechten des Platzes von Ministerpräsident Göring stand das goldene Rednerpult, dem als Motiv das alte Alsterpult zugrunde liegt.

Die Tagung begann kurz nach 11 Uhr. Im Mittelpunkt standen Vorträge von Professor Karl Schmitt und dem Gausleiter Terboven über Staat und Gemeinde. Die Tagung selber war nicht öffentlich.

## Der deutsche Erntedanktag

Das Fest des deutschen Bauern

Ueber die feierliche Begehung des Deutschen Erntedanktages werden nunmehr von zukünftiger Stelle näher Einzelheiten mitgeteilt. Demnach wird am 1. Oktober im ganzen Deutschen Reich der Deutsche Erntedanktag unter dem Motto „Der Tag des deutschen Bauern“ feierlich begangen werden. Der Tag des deutschen Bauern will ein Dank sein an das deutsche Bauernvolk für die geleistete Arbeit und ein Bekenntnis zugleich zu ihm als dem Treuhänder des deutschen Blutes.

Reichsminister Dr. Goebbels

wird den Deutschen Erntedanktag morgens gegen 8 Uhr offiziell mit einer Rundfunkansprache, die über alle deutschen Sender geht, eröffnen. Am Nachmittag empfängt der Reichsfunkler Bauernführer und Bauern aus allen Teilen des Reiches.

Am Nachmittag werden an allen Orten, in Stadt und Land Erntedankfeste veranstaltet werden.

Die Hauptveranstaltung an diesem Tage findet in der Zeit von 17 bis 19 Uhr auf dem Büchelberg bei Hameln statt. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung werden

Ansprachen des Führers und des Reichsernährungsministers stehen. Als Abzeichen für den Deutschen Erntedanktag sind zwei Körnerhähne vorgesehen, die von einer Mohntülle zusammengehalten werden. Ein Teil des Erntes aus dem Betrieb dieses Abzeichens wird der Spende zum Kampf gegen Hunger und Kälte zugeführt werden.

## Guter Gesamtertrag

Schätzung der Getreideernte bei Septembereinsatz

Nach den Meldungen der 7000 amtlichen Ernteleitererklärer über das Ergebnis der diesjährigen Getreideernte nach dem Stande von Anfang September ist weiterhin mit einem recht guten Gesamtertrag zu rechnen. Auf Grund der vorliegenden Meldungen ergeben sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes im Reichsbuchdruck (gegenüber den Schätzungen zu Anfang d. J.) nunmehr folgende Erträge je Hektar:

Winterroggen 19,4 (18,7) Doppelzentner; Sommerroggen 14,9 (14,1) Doppelzentner; Winterweizen 23,9 (22,7) Doppelzentner; Sommerweizen 23,2 (22,1) Doppelzentner; Spelz 14,7 (13,4) Doppelzentner; Wintergerste 25,9 (25,3) Doppelzentner; Sommergerste 20,7 (20,0) Doppelzentner; Hafer 21,6 (20,7) Doppelzentner. Im einzelnen wurde die Weizenerte (einschließlich Spelz) in diesem Jahre voraussichtlich um 580 000 Tonnen und die Roggenerte um rund 385 000 Tonnen größer sein, als sie im Vorjahre war.

Die vorliegende Schätzung über das Ergebnis der diesjährigen Getreideernte nach dem Stande von Anfang September kommt nicht übereinstimmend. Sie bestätigt erneut die schon auf Grund früherer Ernteleitererklärungen ersichtliche Tatsache, daß der Bedarf des deutschen Volkes an Getreide in diesem Jahre erstmalig in so großem Umfang aus deutscher Erzeugung gedeckt werden kann.

Für die Landwirtschaft ist nach wie vor feinerer Grund zur Veranschaulichung über die weitere Entwicklung der Getreideernte gegeben. Die Reichsregierung hat in ihrer letzten Kabinetsitzung am 12. September einen so umfassenden Preisbeschluß beschlossen, daß der Bauer die Gewähr hat, angemessene Preise für sein Getreide zu erhalten. Das Kabinett war sich darüber einig, daß der deutschen Landwirtschaft unbedingt ein auskömmlicher fester Preis für Getreide zugebilligt werden muß. Auf diese Weise wird jede Spekulation in Getreide unterbunden und verhindert, daß wie in früheren Jahren der Landwirt unter Verkaufszwang gesetzt wird. Im Rahmen des föderalistischen Aufbaus wird er erst von dem Reichsminister Direk durchgeführt ist, werden die organisatorischen Maßnahmen getroffen, die den beschlossenen Preisbeschluß sichern und auf dem Gebiete der Getreidewirtschaft geordnete Verhältnisse schaffen.

Im vorigen Jahre standen für den Getreidebedarf insgesamt 25,5 Millionen Tonnen Getreide zur Verfügung, und zwar 23,3 Millionen Tonnen aus eigener Erzeugung, 1,2 Millionen Tonnen aus ausländischer Einfuhr, 0,2 Millionen Tonnen aus Beständen, die im Besitz des Reiches waren, und 0,8 Millionen Tonnen, wie durch neuere Ermittlungen bekannt wird, aus der Einfuhr von Getreideerzeugnissen. Von dieser Menge sind unübertraflich 450 000 Tonnen als nationale Reserve in das neue Erntehafer übernommen worden. In diesem Jahre ist die zulässige Einfuhr von Getreide und von Getreideerzeugnissen durch die Maßnahmen der nationalen Regierung ummöglich gemacht worden. Anfolgendes zeigt in diesem Jahre nur 25,5 Millionen Tonnen zur Verfügung und zwar 24,7 Millionen Tonnen aus eigener Ernte und 0,8 Millionen Tonnen aus der vom Vorjahre übernommenen nationalen Reserve. Das sind nur 100 000 Tonnen mehr als im Vorjahre verbraucht wurden. In diesem Jahre wird aber der Verbrauch an Brotgetreide von allem an Weizen infolge der Verminderung der Arbeitslosen weit mehr als im Vorjahre, das mindestens mit einem Mehreinsatz an Weizen von etwa 100 000 bis 200 000 Tonnen gerechnet werden kann.

Eine Betrachtung des Erntegewinnes für die einzelnen Getreidearten ergibt allerdings, daß die Anbauverhältnisse nicht vollkommen in Ordnung sind. Dazu wird in Kürze von ausländischer Seite Stellung genommen werden.

## Zusammenschluß von Mühlen

Der vorläufige Aufbau des Reichsnährlandes.

Die Reichsregierung hat zwei neue Gesetze beschlossen, in denen einen wird der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft beauftragt zur Regelung der Verwertung von mahlfähigen Roggen und Weizen. In § 1 ist die Roggen oder Weizen verarbeitet oder verarbeitet haben, zu-

lassen und zu schließen. Dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft stehen hinsichtlich der Zulassungsmöglichkeit für Aufstich- und Einmalstehwerke zu. Er kann ferner bestimmen, daß mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu 100 000 Reichsmark bestraft wird, wer den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt.

In dem Beleg über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährlandes wird der Reichsernährungsminister ermächtigt über den Aufbau des Standes der deutschen Landwirtschaft (Nährland) eine vorläufige Regelung zu treffen. Der Minister kann den Reichsnährland über einzelne seiner Gruppen ermächtigen, die Erzeugung, den Absatz sowie die Preise und Preisformen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu regeln, wenn dies unter Würdigung der Belange der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohles geboten erscheint.

## 200 000 RM Unterstützung

durch Ehrenauszahlung der „Stiftung für Opfer der Arbeit“.

Die erste Sitzung des aus den Staatsräten Walter Schumann, Dr. Fritz Duffen und Dr. von Claus bestehenden Ehrenauszahlung der „Stiftung für Opfer der Arbeit“ im Reichspropagandaministerium fand. In ihr wurde über die bisher eingelaufenen und eingehend nachgeprüften mehr als 200 000 Unterfertigungen entschieden.

Aus dem Bericht des ehrenamtlichen Geschäftsführers, Oberregierungsrat Dr. Flegel, ist zu ersehen, daß die Höhe der eingegangenen Spenden den Betrag von 6 Millionen RM fast erreicht hat.

Bei der Geschäftsstelle sind rund 2500 Gesuche eingegangen, die sämtlich daraufhin nachgeprüft werden mußten, ob tatsächlich ein fähiger Arbeitsunfall vorlag, und ob sich die Antragsteller in einer wirtschaftlichen Notlage befanden.

470 der Gesuche wurde festgelegt. Im ganzen wurden etwa 200 000 RM an die Hinterbliebenen verteilt. Es wurde beschlossen, die zuerkannten Unterfertigungen, deren Höhe zwischen 100 und 720 RM liegt, in den meisten Fällen in monatlichen Teilbeträgen zu gewähren.

## Todesfahrt eines Sturmabführers

Mit dem Auto gegen einen Gashausstein gerast.

Auf der Rückfahrt von einer Führerbesprechung der Standarte 12 in Sommerfeld verunglückte nachts gegen 3 Uhr der Führer des Sturmabteils I Sorau, Sturmabführer Anger. Der Wagen, über den er an der Hand des Gewalts verloren hatte, fuhr gegen einen Gashausstein und wurde vollständig zertrümmert. Anger ist im Krankenhaus Forst seinen Verletzungen erlegen. Sein Begleiter, Truppenführer Beyer, liegt mit schweren Verletzungen im Forstkrankenhaus.

## Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 18. September 1933.

Hochbetrieb herrschte gestern bei dem schönen Herbstfest in der blühenden Heide und damit auch in den Heidebüden. In Remberg hielten Entsch nach Wanderung durch die Dübener Heide, bei denen Mitglieder des Heidevereins die Führung übernommen hatten. I. Der Vorpauerer Bund, aus Leipzig 2, die vom Leipziger Mesum (Leipziger Tageszeitung) veranstaltete Sonderfahrt und 3. der Gewerbeverein Leipzig III. Wiederum hatten sich die Leiter des Dübener Heidevereins (Schriftföhrer Max Viehweg und Buchdruckereibesitzer Matthies) als das Zustandekommen dieser Fahrt eingeleitet und die Leitung übernommen. Nach Besichtigung unserer Kirche und des Ehrenfriedhofs wurde dann in Remberg Mittagstisch gehalten. Nach Beendigung der Mittagstisch fuhr die Fahrt weiter nach Breßlich. Allen Teilnehmern hat die Fahrt sehr gut gefallen. Der äußerst tüchtigen Leipziger Vereinsleitung ist für die Förderung des Fremdenverkehrs Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Zweite Arbeitsbeschaffungslosenerie Ende Dezember. Die erste Serie der Arbeitsbeschaffungslosenerie der NSDAP geht ihrem Ende entgegen. Der Ziehungstermin ist auf den 27. und 28. September festgelegt. Dauf der einmütigen Opferbereitschaft aller Kreise des deutschen Volkes ist der Erfolg der Lotterie außerordentlich gut. Gleich nach Beendigung der ersten Serie wird eine zweite Serie aufgelegt für die der Ziehungstermin auf Ende Dezember festgelegt ist. Die Bedingungen für diese zweite Serie sind die gleichen wie für die erste Serie. Die Einzellose kosten 1 RM, auch die Gewinne werden die gleiche Höhe haben. Damit ist allen Volksgenossen erneut Gelegenheit gegeben, ihr Scherlein zu dem großen Arbeitsbeschaffungswert des Volkstankers beizutragen. — Lose für die erste Serie sind noch in geringer Anzahl in unseren Geschäftsstellen Leipziger Straße 64/65 und Markt 3 zu haben.

Umlageentwurf für Lieferungen an Arbeitsdienst und Umschlaglager. Nachdem bereits vor einiger Zeit der Reichsfinanzminister festgestellt hatte, daß Lieferungen an die Lager des Freiwilligen Arbeitsdienstes im allgemeinen als nach § 7 des Umlageentwurfes steuerfreie Umläge im Großhandel anzusehen sind, sobald die übrigen Voraussetzungen dieses Vorrechts vorliegen, wird jetzt ergänzend bestimmt, daß der Reichsminister auch Lieferungen an die Umschlaglager unter die erwähnte Gesetzesbestimmung fallen. Naturgemäß müssen auch in diesem Falle die übrigen Voraussetzungen des § 7 gegeben sein.

Reichsjahre, 18. September. (Vor dem Strafrichter). Der Landwirt Willi W. hatte im Januar 1931 der Schönfeldischen Gutswirtschaft einen Pfand entpfänd, den ein Arbeiter als „altes Eisen“ bezeichnet hatte, und dafür eine Anzahl wegen Diebstahls erhalten. Das Amtsgericht Delitzsch, vor dem die Sache jetzt zur Verhandlung kam, war selbstverständlich der Auffassung, daß auch altes Eisen dem Eigentum gehört, und verurteilte W. zu einer Geldstrafe von 10 RM, hilfsweise 5 Tage Gefängnis.

Belgern. (Kind mit totem Wasser verbrüht). Das zwei Jahre alte Schöndes des Fleischer Eibel fiel in eine Wanne mit kochend heißem Wasser und zog sich am ganzen Körper schwere Verbrühungen zu. Es mußte sofort in ärztliche Behandlung gegeben werden. Der Unfall ereignete sich, als die Mutter mit dem Baden des jüngsten Kindes beschäftigt war.

Dahme. (Beide Beine gebrochen). In der Nähe der Fiegelei gingen dem Arbeiter E. beim Jauchefahren die Pferde durch, wobei der Gespannführer so unglücklich unter

die Näher kam, daß ihm beide Beine gebrochen wurden. Die Pferde hatten sich dabei so auf das Gefährte verfrachtet, daß das linke losgeschnitten werden mußte, um die Pferde frei zu bekommen. Der Verunglückte wurde nach dem Kreiskrankenhaus Jüterbog überführt.

## Die Zukunft des Genossenschaftswesens.

Magdeburg. In der Angelegenheit des Zusammenbruchs des Konsumvereins Magdeburg und Umgebung hat das Amtsgericht Magdeburg das Vergleichsverfahren auf den 23. Oktober angesetzt. Zu dem Vergleich ist in Aussicht genommen eine Ausschüttung von 50 Prozent auf die Forderungen der Warengläubiger und je 70 Prozent auf die Forderungen der sonstigen und der Genossenschaftsgläubiger. In der Gläubigerfestsetzung machte Dr. Krause, Berlin, der zum Etat der Deutschen Arbeitsfront gehört,

## programmatische Ausführungen

über die Zukunft des deutschen Konsumgenossenschaftswesens. Der Mann für die Erhaltung der Genossenschaften sehe nicht die Erhaltung der Genossenschaften in der bisherigen Form vor, wohl aber die Erhaltung des Genossenschaftsgeistes und weiter die Erhaltung des Vermögens, das in Höhe von rund einer Milliarde in den Konsumgenossenschaften stehe. Man denke an die Ertragsleistung von Wertungsgesellschaften, man rechne damit, daß man auf diese Weise etwa 13 000 Familien ein neues Existenzminimum finde. Die Nachverträge mit den Verteilungstellen würden so gefaltet, daß die Leiter dieser Stellen der Genossenschaft frei gegenüberstünden, andererseits aber auch nicht die Genossenschaften innerlich ausshöhlen könnten. Man werde deshalb einen gewissen Bezug zu den Angehörigen, aber gleichzeitig den Ausschluß der Industrie und des Großhandels dadurch verhindern, daß man einen Zusammenhang von G.G., G.G.G., Großhandel und Industrie finde.

## Der Sturm trieb sein Unwesen.

Witterfeld. Der schwere Sturm, der Ende der Woche Witterfeld heimsuchte, richtete auf dem Gelände der Braunen Meise erheblichen Schaden an. Er warf die Freileitungsbäume auf den Bahnhofsarealen um und beschädigte das hiesige „Häufige Wort“ und das „Weiße Rößl“. Weiter zerbrach er die Einfassungsmauer zum Ehrenhof und beschädigte die Verkaufsstände.

Wittenberg. Beim Spielen im Garten fiel das zweijährige Schöndes der Geizule Schöndel in einen Brunnen und ertrank. Es konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

## Zuchthaus für einen Raubüberfall.

Elsterwerda. Wegen des Raubüberfalls auf die Stadtparkstraße in Elsterwerda am 1. August d. J. wurde der arbeitlose Tischler Erich Weidow aus Weidow von der Sorgauer Justizkammer zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt hatte gegen den Angeklagten, der zweimal vorbestraft ist, unter Billigung mildernder Umstände ein Jahr Gefängnis beantragt.

## Bei Anstreicherarbeiten auf einen Zug gekürzt.

Ammdorf. Der Maler Johann M. u. a. aus Ammdorf, der auf dem Bahnhof Ammdorf mit Anstreicherarbeiten an der über die Bahnhofsgebäude führenden Brücke an der Station beschäftigt war, wurde von der Leiter und fiel auf einen zur gleichen Zeit vorbeifahrenden Zug. M. erlitt Brust- und Bauchquetschungen und wurde ins Städtische Krankenhaus gebracht.

## Erster Arbeitsfront-Zimmerer verhaftet

Halsmaß für Pg. Mauth.

Erfurt. Wegen des Todes des Pg. Reinhold Mauth ist der Erster Zimmerer der Deutschen Arbeitsfront, der an einem Sonntagabend und Sonntag es folgen sollte, auf den 7. und 8. Oktober verhaftet worden. Die ausgegebenen Plaketten besaßen ihre Gültigkeit. An dem Tage der Verhaftung Mauths flaggen alle Vertriebe Halsmaß.

## Nicht Versehen, sondern Mord!

Acht erklaren. Am Dienstag dieser Woche war, wie gemeldet, die Ehefrau des Handlungsbevollmächtigten Bohle in ihrer Wohnung erschossen aufgefunden worden. Kurz nach der Tat erschien der Gemahl auf dem Polizeirevier, wo er angab, seine Frau aus Versehen erschossen zu haben. Die polizeilichen Ermittlungen führten jedoch sehr zu der Feststellung, daß es sich um einen Mord handelte.

Bohle gab bei seiner weiteren Vernehmung zu, daß er seine Frau im Verlauf eines Streites erschossen habe. Er hatte aus bisher unbekanntem Grund seine seit vielen Jahren inreguläre Stellung aufgegeben, um ein Engagement in Dresden anzunehmen. Die Verhandlungen mit der betreffenden Firma sorgföhrten sich jedoch, was er seiner Frau verheimlichte. Erst als der Zeitpunkt der Ueberföhrung nach Dresden herangekommen war, hatte Bohle seine Frau über den wahren Sachverhalt auf. Im Verlauf der sich nun entfaltenden Auseinandersetzung will Bohle, aus höchste Erregung, auf seine am Tisch sitzende Frau einen Schuß abgegeben und ihr dann noch, als sie stöhnend am Boden lag, einen Herzschnit beibringt haben. Er fuhr hierauf nach Magdeburg, wo er sich der Polizei stellte.

Bohles Ehe soll in letzter Zeit nicht besonders glücklich gewesen sein. Auch soll er sich in Selbstmordgedanken befangen haben. Ob diese Umstände in einem unglücklichen Zusammenhang mit der Mordtat stehen, wird vielleicht die weitere Untersuchung ergeben.

## Nächtlicher Brand in Woderode.

Woderode 5. Dessau. Hier brach nachts auf dem Grundstück des Landwirts R. a. b. ein Feuer aus, das das Wohnhaus, ein kleines anliegendes Wohnhaus, die Scheune und den Stall vernichtete. Das Vieh konnte gerettet werden, doch sind fast alle Entwerpore verloren gegangen. Das Feuer ist wahrscheinlich durch Kurzschluss entstanden. Infolge des heftigen Windes entstand ein harter Funkenregen, der das ganze Dorf gefährdete.

Großdorf bei Halberstadt. Beim Erbsen ernten wurde der 65 Jahre alte landwirtschaftliche Arbeiter Sch. in einem Strohstoppeln getötet. Der Motor war durch Schuß in Brand geraten und hatte die Strohstoppeln beschädigt.

Egerleben (Kr. Wanzleben). Vom Amt Inspektionsdirekt hat die Kirchgemeinde Pastor Sch. in Egerleben. Er soll den Konfirmanden des Hülferger unterlag und je wegen Ansbung des Grabs gerügt und bestraft haben.

**Dr. Feiler-Würzburg** Oberbürgermeister von Weisfenfels. Weisfenfels. Die Stadtverordneten wählten den Rechtsanwält Dr. Feiler-Würzburg einstimmig zum Oberbürgermeister von Weisfenfels.

Dr. Feiler ist 32 Jahre alt und gehört der NSDAP seit 1929 an. Nach dem Missionsereignis war er ein Jahr im Kommunalamt in Würzburg tätig und ließ sich nach seinem Ausscheiden als Rechtsanwält nieder. Er versah in dieser Zeit gleichzeitig das Ehrenamt eines juristischen Fachberaters bei der Kreisleitung der NSDAP sowie das eines kommunalen Fachberaters in Würzburg. Bei den letzten Kommunalwahlen wurde Dr. Feiler der Führer der dortigen NSDAP-Fraktion.

**Varg bei Magdeburg.** Auf der Landstraße nach Magdeburg stießen ein Lastauto und ein Herdengelpann zusammen. Während Personen nicht zu Schaden kamen, mußte das schwer verletzte Pferd erschossen werden. Das Lastauto wurde stark beschädigt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

**Hochverräter kommen vor den Reichsanwalt.** **Stendal.** Etwa 100 Kommunisten aus dem Stadt- und Landkreis Stendal, die im Laufe der letzten großen Aktion festgenommen worden waren, werden sich jetzt vor dem Reichsanwalt zu verantworten haben. Ihnen werden vor allem vorgeworfen Neubildung kommunistischer Zellen und Verbreitung kommunistischer Schriften.

**Arbeitsbeschaffungsarbeiten für Bad Dürrenberg.** **Bad Dürrenberg.** Durch ein Darlehen der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten ist es der Gemeinde Bad Dürrenberg möglich geworden, ein größeres Arbeitsprogramm durchzuführen. Neben der bereits begonnenen Ampfasterung der Bahnhofstraße soll nun auch der Bahnhof an das Kanalisationsnetz Anschließ erhalten. Ferner sind vorgesehen die Weiterführung des Wasserleitungsnetzes für die Ortschaft Baditz und Lennewitz sowie die Kanalisation der gesamten Scheibitzer Straße.

**Ein Opfer der Arbeit.** **Mühleln.** In der elektrischen Zentrale der Grube „Elisabeth“ verunglückte Donnerstag nachmittags ein Arbeiter aus Neudorf. Beim Reinigen des Umformers erhielt er einen elektrischen Schlag und war sofort tot. Die Leiche wurde vorläufig beiseitegeräumt, doch scheint ein Verschulden anderer Personen nicht vorzuliegen.

**Arbeitsbeschaffungs-Lose**  
Richard Arnold, Leipziger Straße und Markt

**Worbis.** Die Stadtverordneten genehmigten in ihrer letzten Sitzung eine Reihe von Arbeitsbeschaffungsplänen. Als Notstandsarbeiten sollen in über 15 000 Tagewerken durchgeführt werden: Instandsetzung der Feldwege und Gräben, Regulierung der Bahle und des Ritterbaues. Vorgehen sind weiter die Regulierung und Wiederinstandsetzung des Luftunterbaus und der Wipper. Die hierzu erforderlichen Geldmittel belaufen sich auf 74 000 Mark, von denen 25 500 Mark durch die Aufnahme eines Darlehens bei der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt gedeckt werden sollen.

**Erfurt.** Eine einjährige Schülerin, die eine Flasche trug, rutschte aus und kam zu Fall. Bei dem Sturz zerbrach die Flasche und die Scherben drangen dem Kind in den Leib. Mit schweren Verletzungen wurde es in das Krankenhaus gebracht.

**Erfurt.** Eingemeindung. Die Gemeindevertretung der Erfurter Nachbargemeinde Hochheim stimmte grundsätzlich der Eingemeindung nach Erfurt zu. Die Verhandlungen sollen befristung aufgenommen werden.

**Hinbunzig und Hiltz als Paten.** **Hefia (Mansfelder Seebezirk).** Reichspräsident von Hinbunzig und Reichskanzler Adolf Hiltz haben die Ehrenpatenschaft beim ersten Kinde des Schulfesttags Nüßelmann übernommen.

**Große Lutherfeier auch in Nordhausen.** **Nordhausen.** Wie andere Städte, so plant auch Nordhausen, des 450. Geburtstages Martin Luthers besonders zu gedenken. Am 10. November soll ein großer Festzug mit anschließender Feier stattfinden. Ferner ist die Aufführung des in Giesleben aufgeführten Lutherstückes „Der Bergmann Gottes“ und eine Lutherausstellung unter Leitung des Museumsdirektors Dr. Stolberg in Aussicht genommen.

**Gegen Verhinderung des Ortsbildes**  
durch aufdringliche Reklame.

Trotz aller Bemühungen der Heimschutzverbände, die deutsche Landschaft und das deutsche Stadtbild vor Verunstaltung durch Reklameauswüchse zu bewahren, ist wenig erreicht worden. Das in diesen Tagen vom Reichsministerium verabschiedete Gesetz über Wirtschaftswerbung dürfte hier endlich Abhilfe schaffen. Wie das im einzelnen geschieht, werden die Ausführungsbestimmungen mitteilen. Die Wichtigkeit dieser Frage in kultureller Hinsicht wird in den Ausführungen herorgehoben, die Professor Kersting im Hin-

blick auf das kommende Gesetz im 1. September-Heft der Deutschen Kultur-Wacht, dem Reichsorgan des Kampfbundes für Deutsche Kultur, macht.

„Wenn wir von der gesamten Außen-Dauer-Reklame befreit sind, sehen wir wieder die freie Landschaft, die schöne Straße, das freundliche Dorf, die deutsche Kleinstadt, und wir leben, das die Großstadt auch aus Häusern besteht!“

In diesen wenigen Worten ist gesagt, was alles erhofft werden kann und was auch sicher erreicht werden wird. Und weiter schlägt Prof. Kersting vor: „Ahnere ganzen Städte und Orte müssen von Grund auf von häßlichen Schildern geäubert und neu und kultiviert beschriftet werden. Eine Reklamaufgabe für unsere Künstler — ein wundervoller Ausblick. Außenreklame ist verboten — Geschäftsbezeichnung ist gelistet, aber genehmigungspflichtig. Sie ist an den Sitz des Geschäftes gebunden. Innenreklame in amtlichen Gebäuden, in Eisenbahnen, in Straßenbahnen und Fahrzeugen ist verboten. Nur ein Ventil wird gelassen: Amtliche oder öffentliche Anschlagtafeln oder Plakate sind begrenzt zugelassen.“

Die Geschäftsbezeichnung ist Kennzeichnung eines Geschäftsbetriebes. Es ist die kürzeste Form zu wählen. Ueber die Größe der Beschriftung und die Art entscheidet ein amtlicher Berater. Es ist beabsichtigt, Kömer und Kulturträger als Berater einzusetzen. In Schaufenstern, Läden, Wirtschaften und unbauten Räumen bleibt die Reklame frei. Am Schaufenster herum darf keine Reklame aufgebracht werden. Weshagen und Balkensreklame werden amtlich von Fall zu Fall zugelassen. Fahrzeuge dürfen nicht Träger von Reklame sein; Geschäftsbezeichnung ist zulässig.“

Wenn diese Anregungen und Vorschläge in dem neuen Gesetz verwirklicht werden, so wird hierdurch nicht nur eine Belebung der handwerklichen und künstlerischen Berufe erreicht, sondern auch ein Ausblick auf neue deutsche Kultur.

Der heutigen Stadt- und Landausgabe liegt ein Prospekt der Firma **Wilhelm Weydanz, Remberg, Markt 7**, über die bekannten und beliebten **Weydanz-Fabrikate** bei, den vor der besonderen Beachtung unserer Leser empfehlen.

**Landeskirchliche Gemeinschaft.**  
Dienstag, den 19. September, abds. **Bibelstunde**  
8 Uhr im **Bürgeraal**  
Prediger Westermann-Wittenberg.  
Hierzu wird herzlich eingeladen.

**Die Trommel**  
die Zeitschrift der neuen Jugend  
erscheint monatlich zweimal und kostet 15 Pf. je Heft.

**Die Trommel**  
die Zeitschrift der neuen Jugend  
ist hier erhältlich und sind Bestellungen zu richten an  
**Buchhandlung Richard Arnold**  
Leipziger Straße 64/65 und Markt 3  
Nummer 1 bis 5 liegen dort zur Ansicht aus.

Empfehle **Mittwoch** frisch blutfrisch  
**Goldbarsch, Fischfilet**  
**Schellfisch, Kobliau**  
Ferner ab heute stets frisch  
**Büdlinge — ger. Schellfisch**  
**Fleckerlinge — Lachsheringe**  
**ff. Vollheringe**  
10 Stk. 45 Pf.  
**Sauerkohl Zwiebeln**  
**Richard Tempelhof**

**Feines Musgewürz**  
ff. Speiserübensaft  
empfehle billigst **S. G. Gläubig**

**2 Futterschweine**  
**1 Kutschwagen**  
verkauft. Wer sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

**Preussische Staats-Lotterie**  
**Nur 3 Mark**  
Der Hauptgewinn auf ein Doppelloß beträgt jetzt  
**2 Millionen Reichsmark**  
auf ein ganzes Loß  
**1 Million Reichsmark**  
auf ein Achtelloß  
**125 000 Reichsmark**  
Lose sind zu haben bei **Richard Arnold, Leipzigerstraße 64**

Für die bisherigen Spieler halte ich ihre Lose für die am 20. u. 21. Oktober stattfindende Ziehung der 1. Klasse bis zum 12. Oktober zur Erneuerung bereit.

Prima frisches  
**Kind- und Hammelfleisch**  
frische Flecke  
empfehle **Heinrich Schneider**

Frisches  
**Kind- und Hammelfleisch**  
empfehle **Louis Richter**

Prima frisches  
**Mastochsenfleisch**  
sowie  
**Leber u. frische Flecke**  
empfehle **Ewald Ballmann**

Empfehle morgen früh frisches  
**Kindfleisch**  
**Flecke und Enten**  
**Willy Häh**  
Empfehle morgen früh frisches  
**Schweinefleisch**  
ab 2 Uhr nachmittags  
**frische Wurst** zu äußerst billigen Preisen  
**S. Haumann, Kottauer Weinberge**

**Lohnschnitt**  
nimmt an und führt in kürzester Zeit aus  
**Albrecht, Sägewerk, Remberg**

**Neuheiten**  
für  
**Herbst und Winter**  
in  
**Damen- und Kinder-Mänteln**  
wollen u. seidenen Damenkleidern  
**Wollstoffen und Seidenstoffen**  
**Herren- und Knaben-Ultern**  
**Herren- und Knaben-Anzügen**  
**Bleyle- und Magnet-Strickwaren**  
finden Sie in großer Auswahl zu  
**billigsten Preisen** bei  
**Wilhelm Weydanz**  
Markt 7



Das Zeichen für billig und gut

**Volksbund für das Deutschtum im Auslande (VDA.)**  
Dienstag, den 19. September, abends 7,9 Uhr, im „Blauen Hecht“  
**Monatsversammlung.**  
Herr Pfarrer Langbein spricht über die deutsche Schule in Brasilien. Gäste erwünscht. **Höflich.**

**Vaterländ. Frauenverein vom Roten Kreuz.**  
Am Mittwoch, den 20. September, abds. 8 Uhr, findet im Bürgeraal eine  
**Versammlung**  
statt, wozu zahlreiches Erscheinen bringend erwünscht ist.  
**Frau Pfarrer Langbein**

**Thalysia-Lichtbild-Vorträge**  
unentgeltlich für Frauen und erwachsene Mädchen

Blüte, Reife und vorzeitiges Altern des weiblichen Körpers!  
Am Scheidewege von Glück u. Leid  
Durch interessante Naturaufnahmen und Demonstrationen am Körper wird gezeigt, wie der Verfall der Jugendlichkeit aufzufassen oder zu verhindern ist. Für alle Damen äußerst wichtig und lehrreich, selbst für jene, deren Körper noch gut erhalten ist; für ältere Damen gerade eine Frage der Lebensverlängerung.  
**Eintritt frei!**



**Dienstag, den 19. September**  
**Hotel Blauer Hecht**  
Beginn 8 Uhr — Sprechzeit 4-6 Uhr

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Allgemeines Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abnehmer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsänderung. Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Postzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Anzeigenzeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbezahlung unbedingt gesicherter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Belegensgebühr: 10,- M. das Ausland, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 110

Dienstag, den 19. September 1933

35. Jahrg.

## Mugholzversteigerung.

Dienstag, den 19. September, 8 1/2 Uhr, sollen im Stadtpark Niemitz

### 336 Hef., Brett und Bauhölzer

(Kahlfisch) öffentlich meistbietend versteigert werden.

Sammler: Waldhaus Niemitz Kemberg, den 15. September 1933.

Der Magistrat.

Sonnabend, den 23. September 1933

## Kram- u. Schweinemarkt

Beginn: 7 Uhr. Kemberg, den 15. September 1933.

Der Magistrat.

## Aufruf

### zur Bereitstellung von Freiquartieren als Hitlerpende.

Die nationale Erhebung hat außerordentliche Anforderungen an die Dienst- und Opferwilligkeit der Kämpfer in der SA, SS und im Stahlhelm gestellt. Viele haben ihre Gesundheit eingetauscht und bedürfen dringend einiger Wochen Erholung.

Ich bitte daher die national gesinnten Familien unserer Stadt, sich zur totenlosen Aufnahme und Verpflegung je eines SA-, SS-, NSDAP- oder Stahlhelm-Mannes für einige Wochen oder Tage bereit zu erklären. Freiheime bitte ich bis Mittwoch, den 20. September, im Rathaus zu erklären zu wollen. Da es gilt, eine Dankeschuld an die verdienten Vorkämpfer der nationalen Erhebung zu erfüllen, erwarte ich zahlreiche Meldungen Kemberg, den 18. September 1933.

Der Bürgermeister. Werber.

## Steuermahnung.

Die bis Ende September 1933 fällig gewordenen und noch rückständigen Staats- und Gemeindesteuern nebst Zugzinsen sind bis 22. September an unsere Kassenstellen zu entrichten. Eine Befristung von Mahngeldern findet nicht statt.

Bei Nichtzahlung bis zum angegebenen Tage muß der rückständige Steuerbetrag sofort im Wege der Zwangsversteigerung eingezogen werden. Kemberg, den 18. September 1933.

Der Magistrat.

## Volksverbundenheit

Nicht nur der äußere feierliche Rahmen hat die Bedeutung des Preussischen Staatsrats am Tage seiner Eröffnung gezeigt — die Rede des Ministerpräsidenten Göring hat mit ihrem programmatischen Charakter vielleicht noch stärker bewiesen, was von diesem neuen Instrument der Staatsführung erwartet wird. Der Ministerpräsident hat die Eröffnung des Staatsrates als einen Wendepunkt im Staatsleben bezeichnet. Wenn der Preussische Staatsrat, wie Ministerpräsident Göring erklärte, ein Symbol der Staatsaufstellung ist, die nunmehr herrscht, so wird wohl der Berufung dieses ersten Kreises beratender Persönlichkeiten die Einrichtung ähnlicher Institutionen auch in anderen Ländern und vielleicht im Reich zur Folge haben. Von vornherein ist der Staatsrat benutzt und gemolt von parlamentarischen Einrichtungen unterschieden worden. Die Mitglieder des Staatsrates sind nicht gewählt, sondern berufen. Ministerpräsident Göring hat die Aufgabe des Staatsrates dahin gekennzeichnet, daß er die Verbundenheit mit dem Volke darstellen und sichern soll. Die Auswahl der Persönlichkeiten, die die Verbindung zum Volke herstellen, liegt aber nach dem Geleit über den Staatsrat bei dem Ministerpräsidenten selbst, und er hat auch dieses Verfahren begründet, wenn er betonte, daß der einzelne politische Führer selbst die Verantwortung trägt, nicht eine beratende Körperschaft. Der Ministerpräsident selbst bestimmt durch die Art der Berufung jene Kreise, zu denen eine dauernde und enge Verbindung erzielt werden soll. Die Auswahl der Staatsräte hat dabei dazu geführt, daß alle wichtigen Lebensgebiete erfasst wurden. Der Ministerpräsident hat es als eine Selbstverständlichkeit bezeichnet, daß Persönlichkeiten der Wirtschaft, Landwirtschaft, Wissenschaft und des allgemeinen Staatslebens herangezogen wurden. Der Kern des Preussischen Staatsrates bilden allerdings die Mitglieder der Regierung selbst, die Staatssekretäre der einzelnen Ministerien und die führenden Persönlichkeiten der nationalsozialistischen Bewegung in Preußen. So wird von vornherein im Staatsrat bei seinen Verhandlungen, die ja praktisch stattfinden, eine gewisse Einseitigkeit der Auffassungen herrschen. Debatten werden da-

mit auf rein sachliche Fragen beschränkt und nicht auf allgemeine Weltanschauungsunterstützung, wie sie in parlamentarischen Diskussionen erörtert wurden.

Leberhaupt wird der Begriff der Debatten für den jetzigen Staatsrat wohl kaum eine sehr große Rolle spielen. Zur Debatte gehört einmal die Öffentlichkeit, der Wunsch, nach außen zu wirken — Gesichtspunkte, die bei den vertraulichen Verhandlungen des Staatsrates fortfallen. Im einzelnen sind die Aufgaben, die in den geheimen Sitzungen des Staatsrates ausgeführt werden sollen, von dem Ministerpräsidenten Göring nicht erörtert worden. Ihre Aufzählung ist bereits einer vertraulichen Sitzung vorbehalten. Aber die grundsätzlichen Richtlinien, die der Ministerpräsident entwickelt hat, geben doch klare Hinweise darauf, was von dem Staatsrat erwartet wird. Der Staatsrat soll ein Bindeglied zwischen Regierung und Volk sein. Er soll verhindern, daß das Regierungssystem autoritären Charakter annimmt und dem Volke fremd wird. So wird eine der Hauptaufgaben des Staatsrates also wohl darin liegen, ein Lebermühen der Bürokratie zu verhindern. Man weiß, daß bürokratische Maßnahmen sehr leicht volksfremd werden können, und daß in jeder Bürokratie ein Bestreben besteht, sich nach außen hin abzuschließen. Das soll durch die Einrichtung des Staatsrates vermieden werden. Er kann auf Begehren aufmerksam machen, er kann auch ungewöhnliche Maßnahmen rechtzeitig feststellen und so eine Korrektur bewirken, wo die Bürokratie zu überhandnimmt. Hier wird wohl auch eine Hauptaufgabe für die aus den verschiedenen Bezirken des öffentlichen Lebens berufenen Persönlichkeiten liegen, die durch die Art ihrer Tagesarbeit keine Verbindung mit amtlichen Stellen haben, und die deshalb dem Einfluß der Bürokratie nicht unterliegen. Ausdrücklich hat der Ministerpräsident betont, daß der Hauptgesichtspunkt bei der Auswahl der preussischen Staatsräte die Verbundenheit der einzelnen Persönlichkeiten mit dem Volke gewesen ist. Stimmungen und Erörterungen innerhalb der Bevölkerung werden also auf dem Wege über den Staatsrat an die Regierung herangezogen werden. Der Verfassungsgedanke, der damit für den preussischen Staat in Angriff genommen ist, sieht also ein beratendes Gremium vor, über dessen Auffassungen die Entscheidung aber ausschließlich bei dem Ministerpräsidenten und bei der Regierung liegt. Praktisch wird diese Zusammenarbeit wohl bei der kommenden Gesetzgebung in Preußen am stärksten in Erscheinung treten, da ja gesetzgeberische Pläne dem Staatsrat mitgeteilt und die Auffassung der einzelnen Staatsräte zu solchen Plänen entgegengenommen werden soll.

Wenn die künftige preussische Verfassung durch die Einrichtung und Einberufung des Staatsrates bereits eine bestimmte Form erhalten hat, so ist damit freilich nicht gesagt, daß sich Schlussfolgerungen auf die endgültige Gestaltung der Verfassungserwartungen ziehen lassen. Der Ministerpräsident selbst hat erklärt, daß nicht Konventionen sondern Liquidation des Alten die Aufgabe der jetzigen Politik ist. Darum existiert für das neue Zusammengehen mit dem Volk-

fähren wollen. Seine Darlegungen bleiben für die deutsche Außenpolitik maßgebend. Ich kann nur mit Bedauern feststellen, daß es an vielen Stellen des Auslandes bis heute an der richtigen Würdigung der Richtlinien unserer Außenpolitik fehlt, deren Kernpunkt es ist, daß Deutschland den Frieden und nicht den Krieg, einen aufbauenden Frieden im Innern und nach außen will.

Eine Entspannung kann nur, erklärte Freiherr von Neurath weiter, herbeigeführt werden durch Maßnahmen, die wirklich an die großen außenpolitischen Probleme herangehen und ihre Behandlung entscheidend fördern. Dieser Erkenntnis entsprang die weitreichende staatsmännliche Initiative des italienischen Regierungschefs, die nach schwierigen Verhandlungen schließlich zur Unterzeichnung des Vierzeparsis geführt hat. Deutschland hat den Rat unterzeichnet, um international kein Mittel unversucht zu lassen, das zur Anbahnung einer fruchtbareren Periode der Entwicklung beitragen könnte. Dabei scheint mir das eine selbstverständlich zu sein.

Das Ziel des Paktes kann nicht die Wiederherstellung des alten Partners durch den anderen, sondern nur die Verständigung zwischen gleichberechtigten Partnern sein. Ich bin überzeugt, daß bei gutem Willen eine Verständigung der vier Mächte über alle großen politischen Fragen, die heute Europa beunruhigen, durchaus möglich ist und daß eine Zusammenarbeit der vier Mächte auch für die anderen Länder nur von Vorteil sein kann.

## Gegen einseitige Beschränktheit

Außerst leichtlich muß in dieser Hinsicht allerdings der Stand der Verhältnisse zu berücksichtigen sein. Nach gewissen Anzeichen zu schließen, scheint die Bereitschaft der hochgerüsteten Staaten zur Erfüllung ihrer Abrüstungsverpflichtung heute geringer denn je zu sein.

Es ist für uns nichts Neues, daß man versucht, diese Haltung mit der Behauptung deutschen Aufzuchtswillens zu rechtfertigen. Meine Herren, ich wage mit dem vollen Bewußtsein der Tragweite meiner Worte, daß das nichts anderes ist als eine bewusste Verschleiierung der Tatsache, daß Deutschlands Ziel lediglich die Befreiung des heutigen Zustandes einseitiger Beschränktheit ist.

Die hochgerüsteten Staaten rücken weiter, und statt von ihrer Abrüstung sprechen sie von ihrer Sicherheit. Wer ist denn bedroht? Nicht die anderen Länder sondern Deutschland. Nur im Ausland spricht man von Krieg. In Deutschland denkt niemand an kriegerische Verwidelungen. Deutschland verlangt Sicherheit und Gleichberechtigung; es wünscht nichts anderes, als seine Unabhängigkeit bewahren und seine Grenzen schützen zu können. Das ganze deutsche Volk weiß, nicht zuletzt aus den Erfahrungen der Nachkriegszeit, daß der Krieg auch dem Sieger keinen wahren Nutzen, keinen bleibenden Vorteil bringt. Ist es fair, demgegenüber mit der Behauptung zu operieren, daß die neue deutsche Regierung zwar zunächst wohl alle äußeren Verwidelungen zu vermeiden wünsche, daß es ihr aber nur darauf ankomme, Deutschland in einer ersten Ruheperiode stark genug zu machen, um dann zu offener Gewaltpolitik übergehen zu können? Das sind solche Gedankenreihen, die in den wirklichen Tatsachen nicht die geringste Stütze finden, und mit denen man überhaupt keine ethische und reale Politik machen kann. Wenn man aber glaubt, mit solchen leeren Argumenten die Herrschaft der Sieger über den Besiegten verewigen zu können, so muß ich dazu allerdings mit aller Bestimmtheit erklären, daß Deutschland sich weigert, einen solchen Zustand weiter zu ertragen.

## Es gibt nur eine Alternative

Es ist keine gute Politik, keine Politik, die zu dauernden Erfolgen führen kann, wenn fremde Länder, gestützt auf ihre starken Armeen, Flotten und Aufzuchtswider, zu dem erntewarfenen und der Verteidigungsindustrie beraubten Deutschland in lehrhaftem Tone sprechen. Dazu fehlt ihnen die Berechtigung, und damit werden sie in Deutschland kein Gehör finden. Man lasse deshalb endlich die Verwidelungen und Vorwürfe, mit denen man um das Abrüstungsproblem herumredet, und gehe an das Problem selbst heran.

Es gibt schließlich nur die eine Alternative: Verwirklichung der Gleichberechtigung oder aber Zusammenbruch der ganzen Abrüstungsdebatte, für dessen unabsehbare Folgen nicht Deutschland die Verantwortung tragen würde.

Ich könnte es nur bedauern, wenn man die unmögliche politische Methode des Weßens mit zweierlei Maß etwa auch in einer Frage anwenden wollte, die man hier und da anknüpfend zu einer Frage der internationalen Politik hat machen wollen. Das ist die letzte Entwürdigung der deutsch-österreichischen Beziehungen. Man gibt sich im Auslande öfters den Anschein, darüber erstaunt, ja entrüstet zu sein, daß die immorale Politik in Österreich auf das Verhältnis des Reiches zu Oesterreich

nicht ohne Auswirkungen geblieben ist. Man will in dieser Tatsache gar eine unzulässige Einmischung des Reiches in die innerpolitischen Verhältnisse eines anderen Staates sehen. Die Vertreter dieser Auffassung können es mir nicht überbieten, wenn ich darauf hinweise, daß von manchen Stellen aus die wirtschaftlichen und finanziellen Nöte Oesterreichs doch 14 Jahre lang geradezu ausgenutzt worden sind, um ihm politische Fesseln anzulegen. Man sollte bereuen, daß wir im deutschen Volke Oester-



Das Ausland, fuhr der Minister fort, muß endlich begreifen, daß das deutsche Volk das Recht hat, sich gegen jeden Geißel von Vertrieben mit allen Kräften zur Wehr zu setzen. Der Reichstag hat in seiner großen Reichstagsdebatte vom 17. Mai dargelegt, in welchem Sinne, mit welchen Methoden und mit welchen Zielen wir diesen Kampf